B e r i c h t

der

Kommission des Ständeraths betreffend die Errichtung zweier
Abjunktenstellen bei der Zentralpostverwaltung.

(Vom 6. November 1865.)

T i t . !

Unterm 2. Dezember 1850, gleich als sich nach Uebernahme des Postwesens durch die Eidgenossenschaft das Bedürfnis einer wirksamen Kontrolle geltend machte, hat die Bundesversammlung folgendes Postulat angenommen:

„Der Bundesrath ist eingeladen, zu untersuchen, ob nicht regelmäßige Inspektionen, die mit Beziehung auf den Postdienst in seinem ganzen Umfange, und nicht bloß mit Beziehung auf das Trainwesen oder anläßlich der Inspektion desselben vorzunehmen wären, angeordnet werden sollten.“

Der Bundesrath hat die Nothwendigkeit dieser Ueberwachung in seinen Amtsberichten mehrfach anerkannt, jedoch bemerkt, daß die hiefür besonders geeigneten höhern Beamten der Generalpostdirektion so sehr an die überhäuftesten Büreanarbeiten gebunden seien, daß eine Verwendung derselben zu solchen Inspektionen nicht möglich sei. Ebenso erklären die Kreispostdirektoren, daß die vielen ihnen obliegenden Geschäfte eine umfassende und einläßliche Inspektion über die ihnen unterstellten Büreaug und Ablagen auszuüben nicht gestatte.

Die Thatsache nun, daß die in der Natur der Sache liegende und gesetzlich gebotene Kontrolle das einzige Mittel sei, eine so verzweigte Administration sachgemäß leiten zu können einerseits, und andererseits, daß diese Kontrolle aber nur unzureichend geübt werde, veranlaßte die Bundesversammlung am 21. Juli l. J., bei Behandlung des Amtsberichts des Bundesraths vom Jahre 1864, zu beschließen:

„Der Bundesrath wird ermächtigt, die geeigneten Anordnungen zum Behufe einer wirksamen und umfassenden Kontrolle des Postwesens zu treffen.“

Die mit Prüfung des bundesrätlichen Geschäftsberichts beauftragte nationalrätliche Kommission hat in ihrem Bericht vorläufig zwei Wege bezeichnet, wie diese wirksame Kontrolle geschaffen werden könnte, und zwar entweder durch Ernennung spezieller Inspektoren, die sich ausschließlich mit diesem Geschäftszweige zu befassen hätten, oder aber durch die Bureauchefs der drei Sektionen der Generalpostdirektion, nämlich durch den Oberpostsekretär, den Oberpostkontroleur und den Kurzinspektor. Die gleiche Kommission gibt aber dem letztern Mittel den Vorzug. Sie legt ihr Gewicht vorzüglich darauf, daß die genannten Beamten der Generalpostdirektion vermöge ihrer Stellung mit dem Geschäftsgange bis in alle Verzweigungen genau vertraut seien, daher diese Kontrolle mit mehr Sachkenntniß und auch selbst mit mehr Ansehen handhaben können, als dieses von Beamten zu erwarten wäre, welche wenig Gelegenheit hätten, sich mit dem Geschäftsverkehr des Zentralbureau's zu befassen. Zudem komme die Besoldung der anzustellenden zwei Adjunkten für den Oberpostsekretär und Oberpostkontroleur nicht höher zu stehen, als die Besoldung spezieller Inspektoren.

Der Bundesrath geht in seiner Botschaft vom 26. Oktober l. J. *) mit der Ansicht der nationalrätlichen Kommission ganz einig, und zwar, daß eine strengere Kontrollirung dringendes Bedürfnis sei, und daß dieselbe am zweckmäßigsten durch die Bureauchefs der Generalpostdirektion ausgeübt werden könne. Wolle die Inspektion mit gehöriger Sachkenntniß und Autorität vollzogen werden, so müssen die Inspektoren mit den laufenden Geschäften und jeweiligen Vorschriften genau vertraut sein. Dieses sei aber gerade deshalb um so schwieriger, als die Inspektoren nur ausnahmsweise bei den Geschäften der Zentralverwaltung bethätigt wären. Es unterliegen aber die formellen Bestimmungen über Expeditionen-, Tax- und Frankaturverhältnisse u. s. w., namentlich im Verkehr mit dem Auslande, fortwährenden Aenderungen, deren Ausföhrung Sache der Bureauchefs sei. Zudem müßte es den Bureauchefs überlassen werden, neben den Inspektoren bei vorkommenden, jeweilen ihre Geschäftsabtheilung speziell beschlagenden Vorfällen Inspektionen auszuführen, ein Umstand, der zwischen den Inspektoren und den Bureauchefs leicht Konflikte und in Bezug auf ihre Anordnungen Verwirrung schaffen könnte.

Ihre Kommission, welche in möglichst gedrängtem Umrisse die das Postkontrollwesen beschlagenden Punkte mit Rücksicht auf die Botschaft des Bundesraths berührt, geht mit der Ansicht desselben vollständig einig, daß eine wirksame und umfassende Kontrolle des Postwesens dringendes Bedürfnis sei, und daß eine so umfangreiche verzweigte Verwaltung nur unter einer guten und strengen Aufsicht gedeihe. Diese soll sich sowohl im Interesse der Postverwaltung als des verkehrenden Publikums, namentlich bei den Postbureau über richtige Behandlung der Postgegenstände, über genaue Handhabung der Reglemente und Instruktionen, über

*) Siehe Bundesblatt v. J. 1865, Band III, Seite 792.

pflichtgemäße Bedienung und Behandlung des Publikums, über die Zweckmäßigkeit der bestehenden Einrichtungen, über Beseitigung vorhandener Mißbräuche im Postdienste, über zu treffende Verbesserungen u. s. w. eine wirksame Kontrolle ausüben.

Da es aber schwierig sein dürfte, außer dem Kreise der Generalpostdirektion die geeigneten und entsprechenden Persönlichkeiten zu finden, so stimmt Ihre Kommission der Ansicht des Bundesrathes bei, es sollen die Inspektionen den Bureauchefs der drei Sektionen der Postverwaltung übertragen werden. Daß in diesem Falle das Personal der Generalpostdirektion vermehrt werden muß, erscheint um so nothwendiger, als bis anhin aus Mangel an Zeit die Bureauchefs die Inspektionen nur in ungenügender Weise vornehmen konnten. Aus der Botschaft des Bundesrathes entnimmt man aber, daß durch die Postverträge mit Frankreich, durch den Gelbanweisungsverkehr u. s. w. sich die Arbeiten bei der Generalpostdirektion so sehr angehäuft haben, daß, abgesehen von Einführung einer strengeren Kontrolle, eine Personalvermehrung nothwendigerweise hätte eintreten müssen. Da auf dem Kursbureau schon ein Adjunkt besteht, so dürfte es am zweckmäßigsten sein, wenn sowohl dem Oberpostsekretär als dem Oberpostkontrolleur ein Adjunkt beigegeben würde.

Was nun den Gehalt dieser zwei anzustellenden Adjunkten betrifft, so ist durch den Bundesbeschluß vom 29. Juli 1864 ein Präjudiz geschaffen, indem der Gehalt des Adjunkten für das Kursbureau auf 3300 Fr. bis 3600 Fr. festgesetzt worden ist. Ihre Kommission findet zwar diesen Gehalt im Vergleich zu dem einiger Kreispostdirektoren etwas hoch, ohne daß sie sich, und zwar mit Rücksicht auf den bestehenden Bundesbeschluß betreffend den Adjunkten des Kursinspektors, veranlaßt findet, einen vom Vorschlage des Bundesrathes abweichenden Antrag zu stellen. Die Kommission beantragt daher unveränderte Annahme des Vorschlages des Bundesrathes.

Mit ausgezeichnete Hochachtung und Ergebenheit!

Bern, den 6. November 1865.

Namens der Kommission, *)

Der Berichterstatter:

J. A. Steinegger.

*) Die Mitglieder der Kommission waren:

Herr J. A. Steinegger, in Altendorf (Schwyz).

„ K. A. Landtwing, in Zug.

„ Fréd. Gendre, in Freiburg.

„ W. Zelger, in Stans (Nidwalden).

„ J. A. Clémentz, in Wisp (Wallis).

Note. Die Frage der Errichtung zweier Adjunktenstellen bei der Generalpostdirektion ist zur weitem Prüfung an den Bundesrath zurückgewiesen worden.

Bericht der Kommission des Ständeraths betreffend die Errichtung zweier Adjunktenstellen bei der Zentralpostverwaltung. (Vom 6. November 1865.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1865
Année	
Anno	
Band	4
Volume	
Volume	
Heft	55
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.12.1865
Date	
Data	
Seite	112-114
Page	
Pagina	
Ref. No	10 004 986

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.